

STEGLITZER EXPRESS

Nr. 2

Februar 1963

Wir fragten: Was heißt denn

„immer in Berlin“?

Kranke fragen:

Warum dürfen wir nicht wählen?

Schau – Sind Kranke eigentlich Staatsbürger zweiter Klasse? So wird immer wieder von denen gefragt, die durch Krankheit ans häusliche Bett gefesselt, am 17. Februar von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen können. Denn das Nein der SPD zur Briefwahl richtet sich nicht nur gegen die Winter-Urlauber, sondern ebenso sehr gegen die bettlägerigen Kranken.

Die Argumente der SPD sind fadenscheinig. Warum sollte in Berlin nicht möglich sein, was im SPD-regierten Hessen möglich ist.

Ganz offensichtlich soll doch hier die Insellage Berlins mit ihren längeren Reisewegen wahl-taktisch ausgenutzt werden. Die frühere Klassen-kampfpartei glaubt kur-iöserweise immer noch, daß in ihren Wähler-schichten weniger Winter-reisende zu suchen seien als bei der CDU.

Auf der Strecke blie-ben dabei die bettlägeri-gen Kranken. Sie können nicht verstehen, daß eine Partei wie die SPD sich zwar als Beschützer der Alten und Kranken auf-spielt, ihnen aber gleich-zeitig die Möglichkeit nimmt, durch die Brief-wahl ihre Stimme abzu-geben und zu einer hohen Wahlbeteiligung beizu-tragen.

Berlin steht vor der Wahl. Vor einer Wahl, die für die nächsten vier Jahre gilt. Und die Berliner nehmen diese Wahl ernst. Sie wissen: die letzten vier Jahre waren nicht leicht; die nächsten vier Jahre werden nicht leichter für unsere

Gerade der Satz „Immer in Berlin“ hat bei den Sozialdemokraten heftige Reaktionen ausgelöst. Das ist verständlich. Denn er hat einen der wunden Punkte ihres Spitzenkandidaten berührt. Ein bekannter Journalist äußerte kürz-lich dazu: „Solange der Regierende Bürgermeister noch nicht unter Naturschutz steht, muß er es sich auch gefallen lassen, daß man ihn ebenso kritisch unter die Lupe nimmt, wie er es gern unter der Devise des Staats-mannes mit anderen tut.“

Immer in Berlin: das heißt ja nicht, daß sich die füh-renden Männer unserer Stadt in einen Berliner Elfenbeinturm zurückziehen sollen. Wo es gilt, unsere Stadt im Ausland würdig zu vertreten, haben der Regierende Bürgermeister Brandt ebenso wie Bürger-meister Amrehn ihre Auf-gabe mit Erfolg erfüllt. Das gehört zu ihren Amtspflich-ten. Keiner macht ihnen einen Vorwurf daraus. Im Gegenteil.

Stadt werden. Deshalb braucht Berlin eine Führung, die klar, nüchtern und beständig das Schick-sal unserer Stadt lenkt. Eine Füh-rung, deren Spitze nicht in zwei Jahren bereits wieder aus Berlin weg will.

Aber es gibt noch andere Gründe, die den Regieren-den Bürgermeister Brandt während der abgelaufenen vier Jahre aus Berlin weg-gezogen. Seine Partei stellte erhebliche Forderungen an ihn. Wo immer in der Bun-desrepublik gewählt wurde, mußte Brandt in den Veran-staltungen der SPD auftre-ten. Das kostete Zeit. Viel Zeit, die Berlin verloren-ging. Auch am 13. August mußte man Brandt erst vom Bundestagswahlkampf an seinen Dienstsitz nach Berlin holen. Bürgermei-ster Franz Amrehn dage-gen war zur Stelle. Wenige Minuten nach Bekanntwer-

den der ersten Meldungen über die Mauer sah man ihn bereits im Schöneberger Rathaus die ersten Maß-nahmen einleiten.

Auch jetzt hat uns die SPD-Parteizentrale in Bonn glücklicherweise rechtzeitig wissen lassen, daß Brandt 1965 wiederum als Kanzler-Kandidat für seine Partei in den Bundestags-Wahlkampf ziehen soll. Ob diese Mel-dung für Brandt, der ja zur Zeit in Berlin kandidiert, sehr gelegen kam, erscheint zumindest zweifelhaft. Der „Telegraf“ brachte sie an einer Stelle, wo sie mög-lichst wenig auffiel.

Den Berlinern aber fällt

die Meldung auf. Die Ber-liner wollen wissen, wer für vier Jahre das Amt des Regierenden Bürgermeisters zu führen bereit ist. Von Amrehn wissen sie das. Von Brandt dagegen wissen sie, daß er in zwei Jahren von Berlin weg will. Ob ihm das gelingt, ist eine andere Frage. Würde man an Brandt die Frage richten: „Wollen Sie gar nicht für immer, aber wenigstens für die jetzt zur Wahl stehenden nächsten vier Jahre in Berlin blei-ben?“ – Brandt müßte die Frage verneinen. Das weiß Brandt, und das weiß auch die SPD. Deswegen reagie-ren beide so empfindlich auf diese Frage.

Es gibt aber noch eine an-dere Frage. Sie würde lauten: „Glauben Sie, daß es für Berlin gut ist, wenn der oberste Vertreter dieser Stadt in Wahlkämpfen als Oppositionskandidat gegen die Bundesregierung einen

Fortsetzung auf Seite 7

Soll das so weitergehen?

Nicht nur in der Schloßstraße, sondern auch in den Wohngebieten des Bezirks Steglitz muß man zur Hauptverkehrszeit oft mehr als eine halbe Stunde an den BVG-Haltestellen warten. Seit Beginn des Wiederaufbaus im Bezirk sind die Klagen über schlechte Verkehrsverbindungen nicht verstummt. Im letzten Jahr aber sind die Zustände unhaltbar ge-worden. Der „Steglitzer Express“ hat mit seiner Kritik an den Maßnahmen der BVG überall in Steglitz Zustimmung gefunden. Die BVG aber schweigt!

Foto: Wunnicke



Keine Experimente
immer klar und zuverlässig

Daher
CDU 2

Ein Dolchstoß in den Rücken?

Es gibt eine neue Dolchstoß-Legende. Die erste ihrer Art hat offenbar noch nicht genügt. Seit dem 18. Januar haben wir nun die Neuauflage. Der Regierende Bürgermeister von Berlin und Landesvorsitzende der Berliner SPD hat sie erfunden. Ihr Inhalt: Alles, was sich an Illusionen um ein mögliches Gespräch Brandts mit Chru-

Daß diese neue Dolchstoß-Legende am Beginn eines Wahlkampfes entstanden ist, mag Zufall sein. Ganz sicher aber bieten gerade Wahlkampfzeiten nicht immer die besten Voraussetzungen für die sachliche Klärung politischer Meinungsverschiedenheiten.

Dolchstoßlegenden sind gefährlich. Sie glimmen unter der Oberfläche, und ihr Erfinder gehört oftmals selbst zu den späteren Opfern. Deshalb

WILHELM WOSENITZ
Verwaltungsdirektor der
kirchlichen Erziehungskammer
Berlin-Brandenburg,
kandidiert im Wahlkreis 4
(Botanischer Garten).

müssen Dolchstoßlegenden sofort beseitigt werden.

Um was geht es wirklich?
Es geht erstens um die Frage, ob der Berliner Senat mit dem Regierenden Bürgermeister weiterhin an der Auffassung festhält, getrennte Gespräche zwischen Berlin und Moskau seien nicht zweckmäßig, sofern sie nicht eingebettet sind in ein Berlin-Gespräch der vier Großmächte.

Es geht zweitens um die Frage, ob der Bürgermeister von Berlin, Franz Amrehn, ein Erpresser ist, weil er die bisherige Senatsmeinung mit allen Konsequenzen zu einem Zeitpunkt weiter vertrat, als der Regierende Bürgermeister Brandt bereits im Alleingang ein Gespräch mit Chruschtschow heimlich vorbereitet hatte.

Es geht drittens um die Frage, ob man aus dem Vor und Zurück des Regierenden Bürgermeisters die Konsequenz ziehen sollte, daß er auf dem Wege einer Verfassungs-

schtschow gerankt hat, sei durch einen Stoß des Bürgermeisters Franz Amrehn in Brandts Rücken zunichte gemacht worden. Alle Unzufriedenen sollen also diesmal die CDU und Franz Amrehn zum Sündenbock machen und nicht, wie nach dem ersten Weltkrieg, die Demokratie schlechthin.

lungen berechtigt war, noch sie zu führen gedachte. Gleichzeitig kann jedoch nicht verkannt werden, daß Chruschtschows Bereitschaft zu einem Gespräch mit Brandt sich harmonisch in die kommunistischen Bemühungen einfügte, Westberlin aus seiner Verklammerung mit dem Westen zu lösen und auf der Grundlage der Theorie von drei deutschen Staaten eine Freistadt-Lösung anzustreben. Alle Absicherungen hätten Brandt kaum davor bewahren können, von den Sowjets in

dieser Richtung ausgelegt zu werden.

Gegenüber dieser Gefahr glaubte Brandt jedoch nach seinen eigenen Worten an den „Wert eines solchen Gesprächs an sich“, dessen Inhalt im wesentlichen darin hätte bestehen können, daß Brandt dem sowjetischen Regierungschef „die Meinung sagte“.

Man wird davon ausgehen können, daß Chruschtschow über die Meinung der Berliner kaum einen Zweifel haben kann. Die Wahlen des Jahres 1958 – kurz nach seinem Ulti-

matum – waren deutlich genug. Blieb also die kindliche Hoffnung, daß Chruschtschow sich von dem Berliner Städt-oberhaupt werde stärker beeindrucken lassen als beispielsweise von Präsident Kennedy.

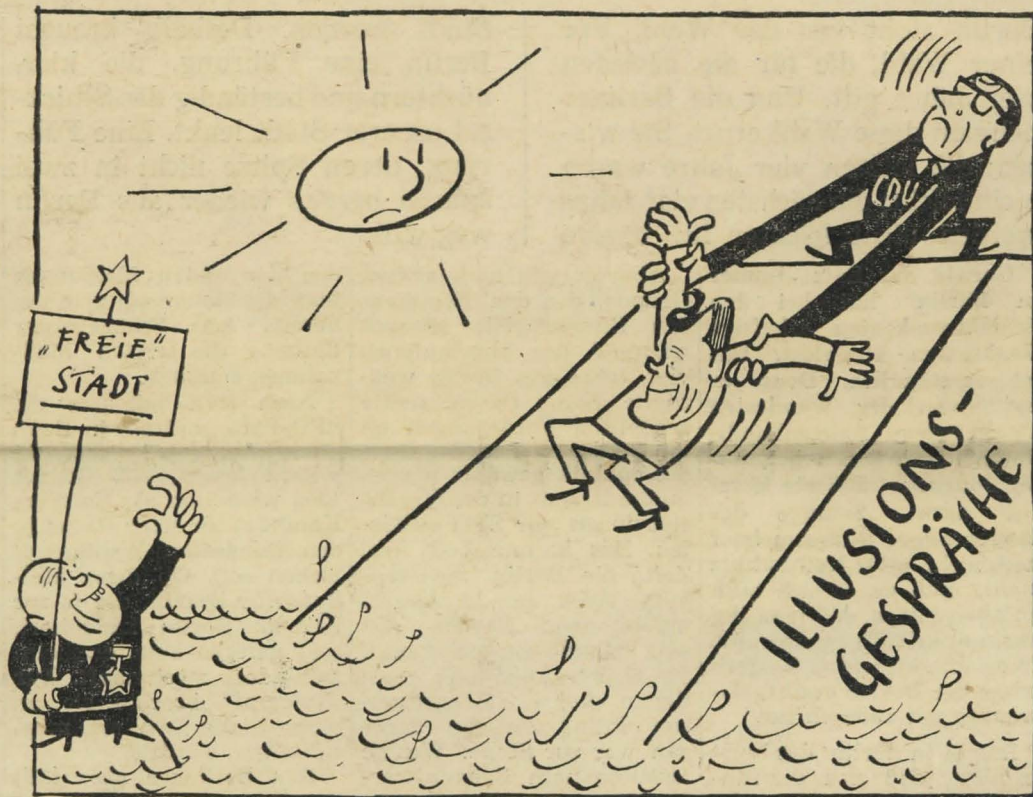
Für diese Hoffnung war Brandt bereit, die Haltung des Berliner Senats und der Berliner Bevölkerung ins internationale Zwielicht zu bringen.

Aber selbst wenn Brandt Erfolge mit nach Hause gebracht hätte: Wäre das nicht für Berlin um so fataler gewesen? Wenn Brandt bereit wäre, durch direkte Verhandlungen von Moskau etwas entgegenzunehmen, was Moskau der Bundesregierung und den Westmächten in ihren Gesprächen über Berlin verweigert: Wäre dann nicht bereits die abschüssige Bahn zur Freistadt beschritten?

Wir können froh sein, daß aus dem ganzen Abenteuer Brandts nichts geworden ist. Inzwischen hat Chruschtschow ebenso wie Ulbricht mit aller Deutlichkeit die traurige Tatsache bestätigt, daß beide an Erleichterungen im Personenverkehr zwischen Ost- und Westberlin nicht denken; ja, daß sie den Versuch, über den Interzonenhandel Erleichterungen herauszuholen, als „unsittliches Geschäft“ bezeichnen.

Es ist geradezu grotesk, wenn man nun von Seiten der SPD hört, die Berliner Verfassung müsse geändert werden, damit der Regierende Bürgermeister in außenpolitischen Fragen (für die er gar nicht zuständig ist) freie Hand erhält.

Gewiß ist es peinlich, wenn man zunächst durch Geheimverhandlungen seine Gesprächsbereitschaft erkennen läßt und dann angesichts der früher vom ganzen Senat unterstützten Haltung des Koalitionspartners umfällt. Die Schuld daran aber trägt nicht die Berliner Verfassung; die Schuld trägt vielmehr der Regierende Bürgermeister Brandt mit seinem durch keine Senatsmeinung gedeckten Alleingang. Daß er seinen Umfall nun durch eine Dolchstoßlegende zu kaschieren sucht, ist menschlich verständlich. Es ist aber politisch gefährlich und dient nicht den Interessen unserer Stadt.



Wer fällt mir denn da in den Rücken?

CDU

Das sagen wir:

Die Errichtung der Schandmauer hat die Menschen in aller Welt empört. Nichts greift uns Berliner so ans Herz wie der Gedanke an die Mauer, die unsere Familien brutal trennt, wie der Gedanke an die vielen Opfer, die an der Mauer Freiheit, Blut und Leben ließen.

Am 15. Januar 1963 nannte Chruschtschow die Errichtung dieser Mauer eine „historische Tat“, nannte den 13. August 1961 einen „Glückstag“.

Am 17. Januar 1963, also zwei Tage später, wollte Herr Brandt denselben Chruschtschow besuchen. Da auch Brandt – wie Franz Amrehn von Anfang an – einen politischen Erfolg von diesem Treffen nicht erwartete, wäre dieser Besuch Wasser auf die Mühlen der sowjetischen „Freie-Stadt“-Theorie gewesen. Deshalb mußte sich Franz Amrehn dem Besuch im Interesse Berlins widersetzen.

Herr Brandt nannte es „Erpressung“, weil Franz Amrehn lieber auf sein Amt verzichten als zulassen wollte, daß für Berlin etwas Falsches geschah.

Das sagt die Presse:

„Ulbricht hat am letzten Dienstag die Hoffnung der Westberliner auf Passierscheine nach Ost-Berlin als unsittliches Verhalten vom Verhandlungstisch gefegt. Wober will Brandt eigentlich mit Chruschtschow sprechen? Er selbst hat gesagt, daß er sich keine politischen Erfolge vom Gespräch in Karlshorst erhoffe.“ Berliner Morgenpost 19. 1. 1963

„Er stärkte Ulbricht demonstrativ den Rücken, der kurz zuvor den Handel Passierscheine gegen Kredit torpediert hatte. In dieser Situation mit Chruschtschow sprechen? Das würde dem Einmal-eins der Politik zuwiderlaufen.“ BZ 19. 1. 1963

„In einer nicht ungünstigen internationalen Situation hat Brandt und damit leider auch Berlin der Weltpolitik einen schlechten Beitrag geleistet.“ Der Tagesspiegel 18. 1. 1963

„Chruschtschow hätte es als Zugeständnis werten können, daß Berlin nunmehr als kleiner dritter deutscher Staat unmittelbare Beziehungen zur Sowjetunion suche und sich damit von selber der sowjetischen Drei-Staaten-Theorie anpassen wollte.“ Die Welt 19. 1. 1963

„Der Hering und der Hai – wie wollen sie vernünftig miteinander reden können? In der Sache Berlins sind und bleiben Washington und Moskau die richtigen Gesprächspartner.“ Frankfurter Allgemeine Zeitung 19. 1. 1963

„Tatsache ist, daß Amrehn und seine Partei ihre bereits vorher öffentlich geäußerte Überzeugung mit jener Konsequenz vertreten haben, an der es sonst bei uns allzu oft mangelt.“ Der Kurier 18. 1. 1963

Das sagte Brandt damals:

„Meine Damen und Herren! Ich habe selbstverständlich diese Frage nicht allein, sondern nur als Ergebnis einer Senatsberatung entscheiden können, und ich kann Ihnen sagen: Wir haben uns diese Entscheidung gar nicht leicht gemacht.“

„Besprechungen mit jener Macht, die den Status von Berlin einseitig zu verändern beabsichtigt, sind nicht Sache des Regierenden Bürgermeisters von Berlin. Derartige Besprechungen können vielmehr nur von den Mächten geführt werden, in deren Händen nach den bestehenden Vereinbarungen die entscheidende Verantwortung für Berlin liegt.“

„Dagegen sprache oder schien uns zu sprechen die möglicherweise entstehende Verwirrung auf Grund des Eindrucks, als ob wir andere aus ihren hier übernommenen Verantwortungen und Verpflichtungen zu entlassen geneigt seien, als ob wir geneigt seien, uns zu dieser Zeit und in dieser Form in außenpolitische Entscheidungen hineinzerren zu lassen, für die uns die Zuständigkeit fehlt, oder gar einer Form des politischen Disengagements für Berlin Vorschub zu leisten, die unseren Interessen widersprechen würde.“

„Was Herr Ministerpräsident Chruschtschow allerdings in den letzten Tagen öffentlich vorgebracht hat, meine Damen und Herren, und was unsere Stadt betrifft, das hat nun auch nicht gerade die Neigung verstärkt, Gespräche zu suchen.“

Das erklärte Brandt am 10. März 1959, dreieinhalb Monate nach Chruschtschows Ultimatum.

Was nach dem Ultimatum galt, das gilt erst recht nach der Errichtung der Mauer.

Das Ultimatum ist weg, weil wir fest blieben. Die Mauer kommt weg, wenn wir fest bleiben.

Kleines Wahlkaleidoskop

Wer den Wahlkampf im Spiegel der Zeitungen verfolgt, kommt zu dem Ergebnis: der Wahlkampf besteht aus politischen Reden.

Wer den Wahlkampf als Beobachter des Straßenbildes verfolgt, muß denken: der Wahlkampf besteht aus Holzlatten, Press-

spanplatten und darüber geklebten Plakaten.

Wer den Wahlkampf als Mitarbeiter einer Partei erleidet, der weiß: Reden und Stelltafeln müssen sein, aber sie sind nur ein kleiner Teil dessen, was in den Wochen vor einer Wahl zu tun ist.

So geschah es, daß die beiden einander schleckenden Katzen auf den Stelltafeln einer Splitterpartei just in dem Moment aufgestellt wurden, als das Bild von Hund

schen konzentriert diese Splitterpartei nach den Worten ihres Vorsitzenden William Borm die Bemühungen darauf, die bisherige Senatskoalition durch eine SPD-FDP-Koalition abzulösen.

Als kleine Köstlichkeit ist der Streit zwischen zwei Parteien um einen bestimmten Straßenbaum zu verzeichnen. Vor dem Ausgang eines Postamtes in unserem Bezirk stehen zwei Bäume, und jede der beiden beteiligten Parteien hatte einen Baum für sich beim Tiefbauamt für die Aufstellung von Stelltafeln beantragt und genehmigt erhalten.

Die erste Aufstell-Partei am Orte konnte sich nicht entscheiden, welchen der beiden Bäume sie auslassen wollte. Sie schaffte es und „bestellte“ vorsichtshalber beide Bäume mit den Köpfen ihres Spitzenkandidaten.

Wenig später standen zornbebt die Plakataufsteller der Konkurrenz vor „ihrem“ Baum,

den die anderen bereits besetzt hatten. Eingedenk des Gelöbnisses, einen fairen Wahlkampf zu führen, ging man vorsichtig zu Werke, trennte den Befestigungsdraht mit einer Kneifzange und stellte den gegnerischen Kopf an einen benachbarten Baum.

Diese Untat blieb nicht ohne Nachspiel, denn die Erstaufsteller-Partei sah die Standortveränderung ihres Kandidatenkopfes als Sachbeschädigung an. Der ortsansässige Kandidat ließ es sich nicht nehmen, nach vorheriger telefonischer Anmeldung seinem Gegenkandidaten daheim die Hölle heißzumachen. Dieser wiederum wies auf sein urkundlich genehmigtes Baumrecht hin. Die Rechtslage war schwierig. Doch Politik heilt manche juristischen Wunden. Und im Verlaufe des weiteren Wahlkampfes haben sich beide Gegner großmütig verziehen.

So großzügig sind bei uns die Kandidaten.

RENATE v. ROQUES
Hausfrau und Helferin in der Praxis ihres Mannes, kandidiert im Wahlkreis 6 (Lichterfelde Ost).

und Katze für das Verhältnis der Spitzenkandidaten beider großen Berliner Parteien viel besser gepaßt hätte.

Verschont blieben wir bis jetzt mit einer Art von Skandal-Propaganda, auf die der Berliner bei den vergangenen Wahlen mit Recht sehr sauer reagiert hatte. Damals hatte die FDP in ihrer Wahlzeitung geschrieben: „Die FDP! Wer diese Partei am 7. 12. nicht wählt, macht sich am weiteren Menschenraub in unserer Stadt mit schuldig!“ Inzwi-



Als Helfer in der Not erwies sich der Abgeordnete des Wahlkreises 3 (Südende), Bürgermeister Franz Amrehn, für viele alte Mitglieder der Markuskirche, deren warmer Mittagstisch wegen der Reparaturbedürftigkeit der Gemeindehausküche in Gefahr geraten war. Mit Freude konnte Pfarrer Keusch aus den Händen Amrehns eine persönliche Spende entgegennehmen, die das Fortbestehen des Altenmittagstisches gewährleistet, bis das Hilfswerk Berlin weitere Zuschüsse geben kann.

Foto: Wunnicke

Wiedereröffnung unserer Ausstellung Albrechtstraße 3



Wir zeigen Ihnen
modernste Gasherde und Gaswasserheizer,
Gaskühlschränke und Gasheizungen.

Bitte besuchen Sie uns!



Berliner Gaswerke (Gasag)

Dr. ALEXANDER HASENCLEVER:

Warum ich als Arzt „in die Politik“ gehe

„Die Gesundheit ist mir das Wichtigste“, das erklärte mehr als die Hälfte der Bevölkerung kürzlich bei einer Meinungsumfrage nach ihren Wünschen im privaten und persönlichen Bereich. Gesundheit – das ist zunächst eine Aufgabe für jeden einzelnen. Aber die Bemühungen des Bürgers um die Erhaltung seiner Gesundheit bedürfen auch der öffentlichen Unterstützung. Ohne eine vernünftige Gesundheitspolitik ist auf die Dauer auch die Gesundheit der einzelnen Mitglieder eines Staatswesens in Gefahr.

Dabei darf man Gesundheit nicht nur auffassen als Intaktheit des Körpers. Gerade in unserer Zeit haben wir immer mehr zu erkennen gelernt, wie sehr das geistig-seelische und das soziale Wohlbefinden von entscheidendem Einfluß ist

DR. ALEXANDER HASENCLEVER
kandidiert für die CDU im Wahlkreis 7 (Lankwitz).

auch auf die physische Gesundheit. Gesundheitspolitik ist deshalb nur denkbar im Zusammenhang mit einer gesunden Politik in den kulturellen, sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen.

Diese Erkenntnisse haben mit dazu beigetragen, daß die

Steglitzer CDU einen Arzt als Kandidaten für das Abgeordnetenhaus vorschlägt. Dabei hat man mich oft gefragt, ob ich wohl die Beanspruchung durch eine Arztpraxis und gleichzeitig durch ein Abgeordnetenmandat werde bewältigen können. Ich habe diese Frage bejaht. Nicht nur, weil ich neben meiner ärztlichen Tätigkeit auch auf der Ebene der Politik für die Gesundheit der Mitbürger eintreten will. Ich habe mir auch überlegt, daß schließlich die ehrenamtliche Tätigkeit als Abgeordneter von allen Mitgliedern des Parlaments ein erhebliches Opfer an Freizeit verlangt. Es ist nicht einzusehen, weshalb ausgerechnet

Fortsetzung auf Seite 7

Prof. Dr. Dilschneider:

Wie ich unsere Jugend sehe

Wer sich heute mit Jugendfragen beschäftigt, sollte, so seltsam es auch klingen mag, erkennen, daß es zunächst gar nicht um die Jugend an sich geht, sondern um die Jugend, sofern sie Aus-

druck unserer ganzen Zeit ist. Jugend verstehen wollen setzt also voraus, daß man die zeitgeschichtliche Lage erkennt, in die diese Jugend hineingeboren wurde.

Daß es Schlüsselkinder gab und wohl auch noch gibt, ist dem Grunde nach kein Jugend-

problem, sondern der Ausdruck dafür, daß zumeist die Väter fehlen und die Mütter ver-

dienen müssen. So bleiben die Kinder sich selber ohne ausreichende Erziehung überlassen.

Darum war es ein richtiger Weg, wenn der Hamburger Pädagoge Heinrich Muchow in seinem Buch „Sexualreife und Sozialstruktur der Jugend“ die Auffassung vertritt, man müsse die Jugend aus der zeitgenössischen Lage heraus deuten und verstehen. Das macht allerdings etwas mehr Mühe, als auf dem Wege von Befragungen und Testbögen an die Jugend heranzukommen.

In der letzten Dezembernummer des „Steglitzer Express“ war gerade das Ergebnis einer solchen Jugendbefragung mitgeteilt worden, die das Institut für sozialwissenschaftliche Forschung in Godesberg durchgeführt hatte. Eine Befragung, die für die Berliner Jugend äußerst positiv ausgefallen ist.

Nun weiß jeder Pädagoge, daß der Aussagewert solcher



„Der Kontakt mit dem Alltag ist für meine wissenschaftliche Arbeit unerlässlich“, meint Prof. Dilschneider. Er läßt es sich nicht nehmen, gemeinsam mit Frau und Tochter regelmäßig auf dem Wochenmarkt einzukaufen. „Hier kann man besonders gut die Menschen beobachten, wie sie sich im täglichen Leben verhalten.“

sprechend ist. Hier lautet die Antwort der Jugend selber: Angst! Es ist eine Angst, die durch die Entsicherung der ganzen menschlichen Existenz hervorgerufen wird.

Die Sinnerfüllung des Lebens ist fragwürdig geworden. Und es ist bezeichnend, daß sich gerade die denkende Jugend von jenen Erzeugnissen der Literatur und der Bühne angesprochen fühlt, die diese Entsicherung des Menschen be-

liehkeit und Humanität. Die Jugend ist diesen Dingen gegenüber äußerst kritisch, wenn nicht sogar ablehnend eingestellt. Das darf zunächst nicht negativ beurteilt werden. Denn dieses Jahrhundert mit zwei Weltkriegen hat alle überkommenen Werte einer harten Prüfung unterzogen. Darum ist die Jugend von diesen uns vielleicht noch selbstverständlichen Grundlagen des Lebens nicht geprägt und gestaltet, sondern sie ist, wie man zu sagen pflegt, ungeformt und ent-staltet.

Man beobachte daher einmal die Jugend im Umgang mit Erwachsenen, im Umgang mit sich selber, man beobachte die Einstellung, die der Jugendliche heute zum anderen Geschlecht hat; man beobachte die Form der Geselligkeit, die diese Jugend liebt, die Form des Tanzes und das Musikempfinden. Die Erwachsenen stehen diesen Lebensäußerungen oftmals verständnislos, ja fassungslos gegenüber. Und doch läßt sich an allen diesen Lebensformen der Jugend das studieren, was wir mit Ent-staltung einerseits und mit einem ungestillten Lebens-hunger andererseits bezeichnen können. Ent-staltung will besagen, daß diese Jugend noch keine festen Werte und Le-

Fortsetzung auf Seite 5

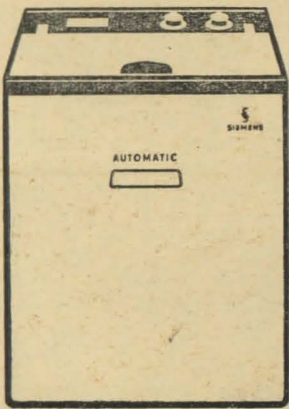
Wichtig!

Älteren und behinderten Bürgern hilft der Wahltransportdienst der Steglitzer CDU, der Sie am 17. Februar zur Wahl fährt. Anruf sofort oder am 17. Februar genügt. Rufnummer: 72 17 89

Direktbefragung der Jugend, wenn es nicht gerade um äußere Dinge, um Hobbys, Jazzmusik und dergleichen geht, von geringer Bedeutung ist. Das hat Gründe, die in der Natur des Jugendlichen selber liegen, der eine gewisse Scheu vor Selbstoffenbarungen, aber auch eine Neigung zur Selbstüberschätzung hat. Mit solchen Repräsentativerhebungen kommt man bestenfalls indirekt an das Jugendproblem heran. Ganz abgesehen davon, daß es uns Erwachsenen nicht ganz leicht fällt, Jugend zu verstehen und zu begreifen, es sei denn, wir könnten selber noch einmal ins Jugendalter zurückversetzt werden.

Nun aber zur Sache selbst. Was wir heute an der Jugend erleben, ist Ausdruck unserer Zeit, der diese Jugend unterworfen ist. Diese Zeit stellt uns ungewöhnlich große Aufgaben, die so mannigfaltig sind, daß sie kaum noch ohne Schäden am Menschen bewältigt werden können.

Am 13. Januar dieses Jahres brachte das Berliner Kirchenblatt auf der ersten Seite eine Auskunft über die seelische Verfassung unserer Jugend, die dieser Lage völlig ent-



SIEMENS

Automatisch waschen auf kleinstem Raum

Der Siemens-Trommelwascher WA 31 in Kompakt-Bauweise ist nur 64 cm hoch und faßt dennoch 7 Pfund Wäsche auf einmal.

H 277

Siemens-Waschmaschinen zu günstigen Sonderpreisen

KARL PLESSNER KG
Steglitz Schloßstr. 113 u. 109 I.Etg.
Telefon: 72 42 80
Direkt gegenüber Wertheim



...man kauft gut bei **WERTHEIM**
STEGLITZ · SCHLOSS-STRASSE

Was die Steglitzer zur Wahl sagen

Der „Steglitzer Expreß“ hat in den letzten Wochen auf den Straßen und in den Häusern unseres Bezirks Umfrage gehalten, welche Gründe bei den Wählern für ihre Wahlentscheidung maßgebend sind. Dabei hat sich herausgestellt, daß

Obwohl die Berliner keine Pessimisten sind, haben sie gerade in diesen Tagen des Wahlkampfes immer wieder die Frage gestellt, ob wohl die Politik der Härte gegenüber der Sowjetunion auch in Zukunft vom Westen so beibehalten werde, daß die Sicherheit Berlins nicht gefährdet wird.

Wichtig für die Wahl!

Vergessen Sie nicht, daß bei der Wahl ein gültiger Personalausweis vorgelegt werden muß! Sollte Ihr Ausweis bereits abgelaufen sein, so ist es dringend erforderlich, seine Gültigkeit noch vor dem Wahltag verlängern zu lassen.

Die Sicherheit Berlins, das wissen die Berliner, hängt nach wir vor von den Garantien unserer westlichen Verbündeten und von der Klarheit ab, mit der die Berliner eine harte und konsequente westliche Politik unterstützen.

Mißglücktes Gespräch

Das vom Regierenden Bürgermeister Brandt ebenso heimlich wie sorgfältig vorbereitete und dann wieder abgesagte Gespräch mit Chruschtschow während des SED-Parteitages in Ost-Berlin war kein Musterbeispiel für eine klare Haltung der Westberliner. Ebenso wie der größte Teil der Berliner Presse haben sich auch die meisten Wähler nicht zurechtfinden können in der Haltung des Regierenden Bürgermeisters. Er erwartete von diesem Gespräch zwar keine Ergebnisse, umgab es aber dennoch mit einer Fülle von Illusionen und sagte es schließlich aus angeblich staatsmännischer Einsicht ab, weil die Koalition ihm wichtiger war. Inzwischen haben

folgende Themen besonders stark in der Diskussion sind:

1. Die Sicherheit Berlins
2. Der mißglückte Brandt - Besuch bei Chruschtschow
3. Das Problem der Splitterparteien.

viele Westberliner, die sich von dem Gespräch Passierscheine für eine Begegnung mit ihren Angehörigen in Ost-Berlin erhofften, durch Briefe dieser Angehörigen von einem überzeugen lassen: jedes Entgegenkommen gegenüber den Sowjets und jedes Ausbrechen Berlins aus der geschlossenen Abwehrfront der westlichen Welt hätte auch für die Zone auf lange Sicht nur Nachteile gebracht. Glücklicherweise blieb es allerdings bei den theoretischen Erörterungen über das Gespräch, weil der Regierende Bürgermeister Brandt vor der entschlossenen und klaren Haltung Franz Amrehns rechtzeitig kapitulierte.

Das Problem der Splitterparteien

Viele Wähler, die 1958 ihre Stimme noch einer der Splitterparteien gegeben hatten, stellen in diesen Tagen mit Recht die Frage, ob sie erneut riskieren sollten, daß ihre Stimme wegen der 5-Prozent-Klausel unter den Tisch falle. Zwar hat ihnen die Partei, deren parlamentarische Existenz in Berlin bereits 1958 dahingeschwunden war, ein „lebendiges Parlament“ versprochen. Gleichzeitig aber deuten die Äußerungen von führenden Männern dieser Partei darauf hin, daß sie eine Opposition zwar für notwendig proklamieren, daß sie selbst aber nur zu gern bereit sind, mit der SPD eine Koalition zu schließen, um die CDU, die Partei Adenauers und Erhards, auszuschalten. Offenbar ist die Färsprache für die Opposition größer als die Bereitschaft zur Opposition. Im übrigen haben die Wähler mit Interesse vermerkt, daß die im Bundesgebiet von Mende und in Berlin von William Borm geführte Splitterpartei sich ebenso wie Brandt sehr lebhaft für ein

direktes Gespräch Berlin-Moskau eingesetzt hat.

Die Berliner Wähler sind kritisch. Sie wissen, daß die Wahl am 17. Februar nicht nur kommunale, sondern weltpolitische Bedeutung hat. Gerade deswegen prüfen sie sorgfältig, wessen politische Haltung für jedermann klar und in allen Situationen zuverlässig war. Franz Amrehn, dem der Regierende Bürgermeister kürzlich vorwarf, ihm als Erpresser in den Rücken gefallen zu sein und verrückt zu spielen, ist selbst gespannt darauf, ob seine klare Haltung das verdiente Echo findet.

Heinz Siewert:

Es war ein weiter Weg



Heinz Siewert

Wer von uns hat im Jahre 1950 wirklich daran geglaubt, daß die große Arbeitslosigkeit durch Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze in so verhältnismäßig kurzer Zeit beseitigt würde? Die Soziale Marktwirtschaft, leidenschaftlich gegen erbitterte Widerstände der

Dr. HEINZ SIEWERT kandidiert für den Wahlvorschlag 2 (CDU) im Wahlkreis 1 (Schloßstraße)

Opposition immer wieder vom Bundeswirtschaftsminister Erhard verteidigt, schuf die Voraussetzung für den einzigartigen Aufstieg der Berliner Wirtschaft.

Wie richtig die Wirtschaftspolitik des Bundeswirtschaftsministers bisher gewesen ist, gibt selbst der sozialdemokratische Wirtschaftssenator Professor Schiller im „Telegraf“ vom 1. Januar 1963 zu, wenn er u. a. ausführt: „... Wenn hier im Hinblick auf die besondere Lage von „Berliner Wirtschaftspolitik“ gesprochen wird, so kann das also nur bedeuten, daß diese sich stets als Teil der Bundeswirtschaftspolitik fühlt, daß die entscheidenden Daten von dort (!) gesetzt werden und daß Westberliner Maßnahmen eben nur Korrekturen sind.

Seit Gründung im Jahre 1906 unverändert mit Sitz und Hauptverwaltung in Berlin



Schutz der Familie und des Eigentums

Feuer-, Einbruchdiebstahl-, Leitungswasser-, Glasbruch-, Sturm-, Haftpflicht-, Unfall-, Reisegepäck-, Kraftverkehrs-Versicherungen

ADLER

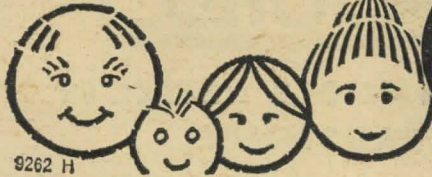
Feuerversicherung auf Gegenseitigkeit

Bezirksdirektion Berlin:

Berlin 12, Bismarckstraße 17 / Telefon 34 02 81

Weitere Bezirksdirektionen und Geschäftsstellen in 15 Großstädten der Bundesrepublik

Mach mal Pause..



koffeinhaltig
köstlich
erfrischend

auch zu Hause

Wie ich unsere Jugend sehe

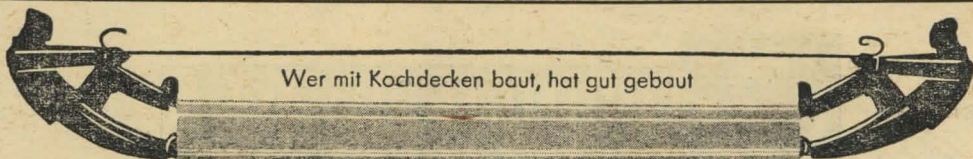
Fortsetzung von Seite 4

bensformen gefunden hat und daher in einer Art Dahingleiten lebt.

Dabei ist diese Jugend von einer ungeschminkten Kritik an den Erwachsenen und überhaupt an allem, was ihr im Gewande von Autorität entgegentritt. Das weiß man im Elternhaus und in der Schule heute allorts. Und auch als Hochschullehrer kann ich diese Erfahrungen täglich mit Studenten machen. Wer hier auf Autorität pocht, hat von vornherein verloren. Und ich möchte sogar sagen, daß das richtig und gut so ist. Denn Jugend findet den Weg zur Autorität nicht schon darum, weil solche vorgestellt und abverlangt wird. Sie hat einen Instinkt für Echtheit und nimmt Autorität nur dann an, wenn diese in Bewährung und Opferbereitschaft vorgelebt

und bezeugt wird. Nicht Worte oder gar Phrasen, nein, Leitbilder menschlicher Bewährung und menschlicher Leistung sind die Bildungskräfte, die diese Jugend zu formen vermögen. Es ist bezeichnend, wie etwa der Lebensweg eines Albert Schweitzer, des Urwalddoktors aus Lambarene, die Jugend beeindruckt und begeistern kann.

Soll also das Jugendproblem von heute bewältigt werden, so fällt diese Aufgabe auf die Erwachsenen zurück. Die Älteren müssen verstehen lernen, was Jugend heute ist und wonach sie schaut und verlangt. Darum möchte ich meinen: Diese Jugend heute ist keinesfalls schlechter oder besser als zu anderen und früheren Zeiten. Sie ist nur anders. Dieses Anderssein muß aber richtig verstanden und mit ihr gelebt werden.



Wer mit Kochdecken baut, hat gut gebaut

Ideal-Kochdecken sind preiswert, schnellbauend, auch für große Spannweiten, keine Stützen, keine Schalung, sofort begehbar, garantiert 100%ige statische Tragfähigkeit der Balken, zuverlässig, rissfrei, keine nennenswerte Baufeuchte, daher trockenes und warmes Wohnen.

Spannbetonwerk Arsen Schweizer

Lichterfelde, Ostpreußendamm 134b • Sammel-Nr. 73 95 51

BERGER-KULP UND RÖCHLING GM BH



Lieferant für feste und flüssige Brennstoffe

ESSO-HEIZÖL



Berlin-Steglitz • Albrechtstraße 131 • Fernruf 72 68 61

Warum ich als Arzt „in die Politik“ gehe

Fortsetzung von Seite 3

ein Arzt nicht in der Lage sein soll, dieses Opfer zu bringen.

Gesundheitspolitik bedeutet die Verklammerung von staatlichen Bemühungen und Einzelinitiative.

Der einzelne soll mit seiner Gesundheit pfleglich umgehen und sein Leben verantwortungsbewußt selbst gestalten; er soll aber dabei auch die ihm von der Gemeinschaft gebotenen Möglichkeiten zur Gesunderhaltung nutzen.

Diese Möglichkeiten zu bieten, sieht die CDU als eine Verpflichtung des Staates an. Ebenso hat die staatliche Gemeinschaft durch eine vernünftige Gesetzgebung dafür zu sorgen, daß der einzelne Bürger in angemessener Weise gegenüber den Wechselfällen des Lebens, gegenüber Krankheit, Invalidität und Alter gesichert wird.

Die Gesundheitspolitik beginnt bereits mit der öffentlichen Aufklärung über eine gesunde Lebensführung: über Hygiene, Ernährung, Woh-

nung, Freizeit, Urlaub, Sport, Arbeit, Ehe, Jugenderziehung und Lebensabend.

Es ist inzwischen Gemeingut geworden, daß unsere technische, wirtschaftliche und industrielle Entwicklung sehr schnell vorangeschritten ist. Schneller als die Schutzgesetze, die zur Abwendung der mit dieser Entwicklung verbundenen schädlichen Einflüsse auf die Volksgesundheit notwendig sind. Gerade als Arzt sehe ich hier eine große Aufgabe.

Auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Sicherung gegen die Folgen von Krankheit, Invalidität und Alter ist es die bewährte Politik der CDU, daß sie die Selbsthilfe des einzelnen stärkt, ohne dabei alle Verantwortung dem Staat übertragen zu wollen.

Auf dem Gebiet der Sozialversicherung hat die CDU eine Entwicklung vorangetrieben, die gekennzeichnet ist durch Gleichstellung des Arbeiters mit dem Angestellten, durch verbesserte Leistungen der

Krankenversicherung, durch eine engere Bindung des Versicherten an seine Versicherungsgemeinschaft sowie durch eine Erhöhung von Kindergeld und Kriegsoferversorgung.

Für das gesundheitliche Wohlbefinden des älteren Men-

schen sollten neben die dynamische Rentenerhöhung auch kulturelle und gesellschaftliche Maßnahmen treten, die seinen Lebensabend noch sinnvoller gestalten. Viele dieser Aufgaben können von der staatlichen Verwaltung nur gefördert werden.

Es fehlen Kräfte

Ein besonderes Anliegen der staatlichen Gemeinschaft muß die Hebung der Heil- und Pflegeberufe sein: Verbesserte Ausbildung, Anhebung im Stellenplan, bessere Arbeitsbedingungen und Wohnverhältnisse für Krankenschwestern, med.-techn. Assistenten, Arzthelferinnen, Fürsorgerinnen, Masseure und Krankenpfleger.

Neben den notwendigen Verbesserungen des Krankenhauswesens, bei denen auch die gemeinnützigen Anstalten nicht übersehen werden dürfen, hat die starke Arbeitsbelastung des berufstätigen Menschen in unserer Zeit in besonderer Weise die Einrichtung von Kuranstalten notwendig gemacht. Gerade auf diesem Gebiet traue ich mir als freipraktizierender Arzt eine gute Kenntnis der Notwendigkeiten zu.

Und da wir gerade bei der freiberuflichen Tätigkeit des Arztes sind: für die Gesundung des Kranken ist ein enges persönliches Vertrauensverhältnis zu seinem behandelnden Arzt notwendig. Dieses Verhältnis kann dort nicht entstehen, wo in großen Ambulatorien der persönliche ärztliche Dienst am Menschen ersetzt wird durch eine - wenn auch technisch noch so gut ausgestattete - Inspektions- und Überholungsmechanik für den Körper.



Dr. Hasenclever

Was heißt denn „immer in Berlin“?

Fortsetzung von Seite 1

Parteikrieg führt - während er zugleich als Regierender Bürgermeister im Interesse unserer Stadt mit der Bundesregierung auf das engste zusammenarbeiten muß? Glauben Sie, daß beides miteinander vereinbar ist: Parteikämpfer gegen die Bundesregierung und Berlin-Kämpfer mit der Bundesregierung?

Auf diese Frage hat Brandt bisher stets mit dem Hinweis geantwortet, er

lasse sich das Recht für eine Kanzlerkandidatur nicht nehmen. Diese Antwort geht - wie bei Brandt so oft - haarscharf an der Frage vorbei. Keiner will Brandt das Recht nehmen, Kanzlerkandidat seiner Partei zu sein. Aber alle Berliner sind berechtigt zu der Frage, ob die Ausübung dieses Rechtes politisch zweckmäßig ist. Für Berlin. Hier lautet die Antwort: Nein!

Ein Regierender Bürgermeister, der seine Aufgabe

in Berlin ernst nimmt, muß auch einmal auf verlockende Angebote aus Bonn verzichten können. Franz Amrehn hat das mehrfach getan. Er wird es auch weiterhin tun. Von ihm wissen wir, daß er ein Regierender Bürgermeister für vier Jahre sein wird. Von Brandt wissen wir nur, daß er in zwei Jahren alles tun wird, um von Berlin nach Bonn zu gehen. Daran sollten wir denken. Denn wir wählen für vier Jahre.

Arzt und Politik - beide können nicht ohne den anderen sein. Der Arzt ist dort am wirksamsten, wo auch die allgemeinen Verhältnisse zur Gesundung und Gesunderhaltung des Menschen beitragen. Der Staat wiederum wird diese Verhältnisse am besten schaffen können, wenn er sich der Mitwirkung von Menschen aus möglichst vielen Erfahrungsbereichen versichert. Dabei darf der Arzt nicht fehlen. Es gilt das Wort: „Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts!“

Herausgegeben vom Kreisverband Steglitz der CDU. Verantwortlich für den Inhalt: Bernhard Müller-Schoenau. Druck Ullstein GmbH

Huthmacher

gegr. 1907

empfiehlt

seine Konditorei

in Steglitz

Schloßstraße 110 • Tel.: 72 42 43

und das Konzertcafé

und Restaurant

im Hochhaus am Zoo

Tel.: 13 15 09

Man sagt:

„Waibel hat besonders aparte Geschenke!“

Juwelier



seit 1899

Waibel

Inh. Goldschmiedemeister Franz Waibel Steglitz, Ehlersplatz, am Rathaus

Für jede Gelegenheit ein großes Lager wertbeständiger Geschenke:

Brillant - Schmuck in feiner Qualität, 1000 edle Zuchtperlen, moderne Trauringe in einmalig schöner Auswahl,

Goldschmuck in erlesenem Sortiment! Dugena-Fachgeschäft

Bürgermeister Dr. Bloch: Alle Steglitzer gehen zur Wahl! So sieht ein Stimmschein aus:

In der letzten Nummer des „Steglitzer Expreß“ hatte ich Sie, liebe Steglitzer, aufgerufen, der Mauerpartei nicht nur bei der Wahl, sondern auch schon während des Wahlkampfes die ihr gebührende Mißachtung zu zollen. Mit Freude darf ich feststellen, daß es tatsächlich in Steglitz bis zu dem Tage, an dem ich diese Zeilen schreibe, nicht zu Zwischenfällen gekommen ist, die der SED einen Vorwand wegen angeblicher Wahlbehinderung hätten bieten können.

Vorbedingung aber dafür, daß die Kommunisten in West-Berlin in freier Wahl ihre Abfuhr erhalten, ist auch, daß alle Wahlberechtigten ihre Stimme abgeben. Jede Stimme, die in der Wahlurne fehlt, verbessert den Prozentsatz der SED-Stimmen und kann daher von den Propagandisten jenseits der Mauer ausgelegt werden als eine Stimme gegen unsere Demokratie.

Der Wahlkampf der letzten Wochen hat manchen Bürger in Erstaunen versetzt. Vor allem deshalb, weil plötzlich auch sachliche Gegensätze zwischen Koalitionspartnern auftraten, die im Interesse der Stadt zusammenarbeiten und bisher ihre Meinungsverschiedenheiten – wenn irgend vertretbar – zurückgestellt hatten.

Aber ein Wahlkampf findet nun einmal zu dem Zwecke statt, Stimmen für die eigene Partei zu gewinnen und nicht für die andere. Aus diesem Grunde muß man auf gegenseitige Komplimente verzichten und statt dessen seine gegensätzliche Meinung sagen.

Das sollte in sachlicher Diskussion geschehen. Die Unterschiedlichkeit der Temperamente und der Selbstsicherheit bringt es jedoch mit sich, daß der Ton im Wahlkampf nicht immer nur sachlich ist. Ob man dabei den politisch Andersdenkenden unbedingt als „Verrückten“, als „Erpresser“ oder sonstwie bezeichnen muß, darüber steht dem Wähler das Urteil zu.

Dieser gleiche Wähler hat allerdings die Verpflichtung, es sich nicht zu leicht zu machen. Er darf nicht die Ohren verschließen, wenn die Ausgeglichenheit seines Gemütes beeinträchtigt wird.

Berlin ist harte Politik gewöhnt. Der Berliner will auch im Wahlkampf nicht verweichlicht werden, solange die Gegensätze notwendig und der Kampf fair ist.

Am 17. Februar muß sich jeder Wähler entscheiden.

Darum gehen Sie am 17. Februar zur Wahl!

So sieht ein Stimmschein aus:

Wahlkreisverband Steglitz Wahlkreis Nr. 3

Stimmzettel

für die Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin
am 17. Februar 1963

1  SPD ☐

Bewerber: **Franz Amrehn**

2 Ersatzbewerber: (1) Dr. Heinrich-Werner Borgmann (2) Rudolf Schmidt CDU ☒

Wahlvorschlag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

3  FDP ☐

Dies ist die Abbildung eines Stimmzettels, wie er Ihnen am 17. Februar im Wahllokal ausgehändigt wird. Es handelt sich um einen Stimmzettel des Wahlkreises 3 (Südende), in dem der Bürgermeister von Berlin Franz Amrehn für das Abgeordnetenhaus kandidiert, und zwar als Bewerber für den Wahlvorschlag 2, Christlich Demokratische Union Deutschlands, CDU.

Älteren und behinderten Bürgern hilft der Wahltransportdienst der Steglitzer CDU, der Sie am 17. Februar zur Wahl fährt. Anruf sofort oder am 17. Februar genügt. Rufnummer: 72 17 89

Vergessen Sie bitte nicht, Ihren Personalausweis zur Wahl mitzunehmen und achten Sie darauf, daß der Ausweis am 17. Februar auch noch gültig ist.

Dr. Riesebrodt: Sie bleiben im Eimer!



„Im Eimer“ ist nach Berliner Sprachgebrauch, was vertan, was schiefgegangen, was unwiederbringlich verloren ist. Sinnlos vertan sind Stimmen für Splitterparteien. Sie plumpsen nur in die Wahlurne, aber sie erzeugen kein Echo im Parlament.

Eine Splitterpartei hat nur zwei Möglichkeiten, ins Abgeordnetenhaus zu gelangen:

Dr. GÜNTER RIESEBRODT Rechtsanwalt, kandidiert wieder in seinem Wahlkreis 2 (Lauenburger Platz)

entweder wird einer ihrer Kandidaten mit Mehrheit in einem Wahlkreis gewählt – das ist so gut wie unmöglich –, oder die Partei erlangt im ganzen Wahlkreis mindestens 5 % aller Stimmen. Wer Splitter wählt, hofft also auf diese 5 %.

Der Zug der Zeit pustet die Splitter hinweg.

Daran ändert sich auch nichts, wenn eine ohnmächtige Splitterpartei Freiheit und Recht „garantiert“ – wo sie doch nicht einmal die eigene Existenz garantieren kann.

Ob kleiner Vogel und großer Kopf aufgetafelt werden oder kleiner Kopf und großer Vogel ... die rauhe Wirklichkeit, die den Splittern aus dem gesunden Gespür der unbeirraren Berliner entgegenbläst, sagt richtig und verheißungsvoll:

Wer eine Splittergruppe wählt, weiß nicht, ob seine Stimme zählt.

Drum mach' Dein Kreuz bei Nummer Zwei, die schaffen's – ohne Risiko!

Weissner Discount Super

Die **STEGLITZ**,
Preis- Albrechtstraße 119
bremse **WILMERSDORF**,
von Uhlandstraße 45
Berlin **MARIENDORF**,
Zescher Straße 5, mit Imbiß

U. a. Jamaica-Rum, 40 % . . . 1/1 Flasche DM 2,45
Deutscher Weinbrand . . . 1/1 Flasche DM 2,70
Scotch Whisky, VAT 69 u. a. 1/1 Flasche DM 14,70

CDU 2
Vorschlag